

STADT MEERBUSCH

Beteiligungsbericht für das Jahr 2005



Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft
für den Kreis Viersen AG



VERKEHRSGESELLSCHAFT

KREIS NEUSS mbH

WNO
Wassernetz Osterath GmbH



Das Radio im Kreis Neuss

BAUVEREIN MEERBUSCH eG



Bericht
über die Beteiligungen
der Stadt Meerbusch
an Unternehmen und Einrichtungen
des privaten Rechts

(Berichtszeitraum 01.01.2005 - 31.12.2005)

Meerbusch, den 21. November 2006

Dieter Spindler
Bürgermeister

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort / Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch	1
Rechtliche Grundlagen	
Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	2 - 5
Vertretung in den Gremien der Unternehmen	5
Rechte der kommunalen Gesellschafter	5 - 6
Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes	6
Überblick über die städtischen Beteiligungen - Kennzahlen -	7
Beteiligungen der Stadt Meerbusch	
wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	11 - 17
WNO - Wassernetz Osterath GmbH	19 - 24
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	25 - 28
GWG - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	29 - 39
Bauverein Meerbusch eG	41 - 43
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KH	45 - 46

Vorwort

§ 112 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) verpflichtet die Gemeinden zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks der kommunalen Beteiligung, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften enthalten.

Der Beteiligungsbericht umfasst die Beteiligungen der Stadt Meerbusch nach dem Stand zum 31.12.2005.

Der erste Bericht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch wurde nach dem Stand zum 31.12.1995 am 01.06.1996 erstellt.

Letzter Bericht (11. Fortschreibung nach dem Stand zum 31.12.2004):

§ Informationsvorlage an den Rat am 15.12.2005

§ Amtliche Bekanntmachung am 10.01.2006

Frist zur Einsichtnahme 16.01.-19.01. und 23.01.-26.01.2006

Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch

Unternehmen	Beteiligung		Beteiligung		Zweck des Unternehmen	Beginn der Beteiligung
	01.01.2005	v.H.	31.12.2005	v.H.		
Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	6.135.502,57 €	60,00	6.135.502,57 €	60,00	Versorgung der Bevölkerung mit Gas und mit Wasser (außer Ortsteil Osterath)	25.05.1994
WNO Wassernetz Osterath GmbH	1.440.002,45 €	100,00	1.440.002,45 €	100,00	Versorgung der Bevölkerung im Ortsteil Osterath mit Wasser	27.08.2004
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	2.100,00 €	8,20	2.100,00 €	8,20	Planung, Organisation und Finanzierung des ÖPNV im Kreis Neuss	01.01.1996
GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	234.057,60 €	2,88	234.057,60 €	2,88	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	01.01.1970
Bauverein Meerbusch eG	75.928,05 €	4,93	75.928,05 €	4,68	dto.	11.03.1950
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG	15.400,00 €	2,00	15.400,00 €	2,00	Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Verwaltungsgebiet Kreis Neuss	24.08.1990

Rechtliche Grundlagen des Beteiligungsberichtes

Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung.

Die wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung ist in den §§ 107 bis 115 GO NRW geregelt.

§ 107 Abs. 1, Ziffer 1. - 3. GO NRW regelt, dass sich Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschl. der Telefondienstleistungen, der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Hierbei ist als wirtschaftliche Betätigung der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Somit ist die Gemeindewirtschaft begrenzt durch den öffentlichen Zweck. Hierbei handelt es sich um eine Ausformung des allgemeinen Rechtsstaatsprinzips, wonach alle staatliche Tätigkeit auf das Gemeinwohl als Staatszweck begrenzt ist. Dieser Grundsatz wird durch § 1 GO NRW bekräftigt, der die Gemeinde verpflichtet, ihr Gebiet zum Besten ihrer Einwohner zu verwalten. Mit der Bindung der Gemeindewirtschaft an einen öffentlichen Zweck soll die wirtschaftliche Betätigung auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Bei der Entscheidung darüber, ob eine Beteiligung durch einen öffentlichen Zweck veranlasst ist, steht der Stadt ein eigener Beurteilungsspielraum zu, der durch die Justiz bzw. Kommunalaufsicht nur eingeschränkt nachprüfbar ist.

Bei der Gründung oder der Beteiligung an einer Einrichtung muss sich die Stadt gem. § 8 Abs. 1 GO NRW innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bewegen und darf sie nur zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Betreuung seiner Einwohner schaffen.

Als wirtschaftliche Betätigung gilt nach § 107 Abs. 2 GO NRW nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - § Erziehung, Bildung und Kultur (z. B. Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Museen)
 - § Sport und Erholung (Sportanlagen, Bäder)
 - § Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Senioren- und Behindertenheime)
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung, sowie des Messe- und Ausstellungswesens und
5. Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Die Gemeindeordnung enthält eine besondere Bestimmung zur Betätigung von Kommunen außerhalb des Gemeindegebietes. Demnach kann sich eine Gemeinde unter Einhaltung der Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 GO NW auch außerhalb des Gemeindegebietes wirtschaftlich betätigen, wenn die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind (§ 107 Abs. 3 GO NW)

Durch diese Regelung in § 107 Abs. 4 GO NW ist auch der Weg für eine ausländische Betätigung der Gemeinde eröffnet. Die Zulässigkeit ist jedoch an seine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde geknüpft.

§ 107 Abs. 5 GO NW sieht vor, dass die Gemeinde vor einer Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen den Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten hat. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und den für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Während sich § 107 GO NRW auf alle kommunalen Unternehmen unabhängig von der Rechtsform bezieht, wird die Beteiligung an privatrechtlich organisierten Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gesondert in § 108 GO NRW geregelt.

Voraussetzungen für die Gründung einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder die Übernahme von Anteilen eines bestehenden Unternehmens sind nach § 108 GO NRW, dass

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW) die Voraussetzungen des § 107 GO NRW, Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NW) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 GO NW gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Stadt an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Stadt auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt steht,
5. die Stadt sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Stadt einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert ist,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird, und
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden.

Weiter bestimmt die Gemeindeordnung in § 108 Abs. 3 GO NW eine Subsidiarität für Aktiengesellschaften. Will die Stadt eine Aktiengesellschaft errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, hat sie den Nachweis zu führen, dass der zugrunde liegende öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform, etwa in der Rechtsform der GmbH erfüllt werden kann. Die Regelung in § 108 Abs. 4 GO NW schreibt fest, dass die Stadt Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
3. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses und
4. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist.

Darüber hinaus ist durch ausdrückliche Bestimmung im Gesellschaftsvertrag sicherzustellen, dass bei einer GmbH, bei der die Bestellung eines Aufsichtsrates nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, der Gemeinderat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann.

Die Hauptvoraussetzung für eine Beteiligung ist nach § 109 Abs. 1 GO NRW die nachhaltige Erfüllung des öffentlichen Zwecks. Soweit diese nicht gefährdet ist, sollen Unternehmen einen Ertrag für den städtischen Haushalt abwerfen.

Die Vorschriften des § 114 a GO NW erweitern das Angebot an Rechtsformen des öffentlichen Rechts für die wirtschaftliche Beteiligung.

Über § 114 a GO NW sind die Kommunen ermächtigt, Unternehmen und Einrichtungen auch in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu gründen.

Vertretung in den Gremien der Unternehmen

Soweit die Stadt an juristischen Personen oder Personenvereinigungen beteiligt ist, hat sie das Recht, Vertreter in deren Organe zu entsenden. Die Regelungen zur Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen sind § 113 GO NW zusammengefasst worden.

Zur Sicherung gemeindlicher Einflussmöglichkeiten nach § 108 Abs. 1 Nr. 6 GO NW vertreten durch den Rat der Stadt bestellte Vertreter die Interessen der Stadt in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personalvereinigungen, an denen die Stadt beteiligt ist.

Der Rat kann nach eigenem Ermessen entscheiden, wen er als Vertreter bestellen will. Er ist in seiner Auswahl nicht beschränkt auf Mandatsträger oder Bedienstete der Verwaltung. Falls zwei oder mehr Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt dazu zählen. Die Vertreter der Stadt sind an die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse gebunden, soweit nicht gesellschaftliche Bestimmungen entgegenstehen, und haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen.

Rechte der kommunalen Gesellschafter

Gehören der Stadt unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Anteile oder der vierte Teil der Anteile und stehen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts zu, so soll sie nach § 112 Abs. 1 GO NW

- § die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
- § darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

§ 53 HGrG bestimmt, dass eine Gebietskörperschaft verlangen kann, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt,
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - § die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - § verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - § die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages,
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz kann in den Fällen des § 53 im Gesellschaftsvertrag mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

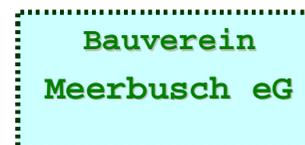
Die Soll-Vorschrift des § 112 GO NW wird durch die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift insoweit verstärkt, als davon nur aus zwingenden Gründen, die im Einzelfall aktenkundig zu machen sind, abgewichen werden darf.

Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes

Die Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht ist nach § 112 Abs. 3, 3. bis 5 Satz GO NW jedermann gestattet. Die Stadt hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Überblick über die städtischen Beteiligungen

-Kennzahlen-



Beteiligung:
6.135.502,57 € = 60%

Anzahl der Vertreter:
Aufsichtsrat
6 / 10
Gesellschafter-
versammlung
6 / 10

Jahresüberschuss:
4.144.000 €

Eigenkapitalquote:
41,95%

Gewinnausschüttung
2.277.000 €

Kapitalverzinsung
37,1 %

Beteiligung:
1.440.002,15 € = 100%

Anzahl der Vertreter:
Aufsichtsrat
6 / 6
Gesellschafter-
versammlung
6 / 6

Jahresüberschuss:
178.497 €

Eigenkapitalquote:
9,7%

Gewinnausschüttung
178.497 €

Kapitalverzinsung
12,4 %

Beteiligung:
2.100 € = 2%

Anzahl der Vertreter:
Aufsichtsrat
2 / 18
Gesellschafter-
versammlung
1 / 9

Jahresfehlbetrag:
- 2.936 €

Eigenkapitalquote:
9,53 %

Gewinnausschüttung
Keine

Kapitalverzinsung
keine

Beteiligung:
234.057,60 € = 2,88 %

Anzahl der Vertreter:
Verwaltungsbeirat
1
Haupt-
versammlung
1

Jahresüberschuss:
598.233 €

Eigenkapitalquote:
28,7%

Gewinnausschüttung
22 € je Aktie = 9.812 €

Kapitalverzinsung
4,2 %

Beteiligung:
75.928,05 € = 4,98 %

Anzahl der Vertreter:
Aufsichtsrat
2 / 9
Mitglieder-
versammlung
1

Jahresüberschuss:
204.099 €

Eigenkapitalquote:
36 %

Gewinnausschüttung
Dividende: 3.678 €

Kapitalverzinsung
4,8 %

Beteiligung:
15.400 € = 2 %

Anzahl der Vertreter:
Gesellschafter-
versammlung
1

Jahresüberschuss:
450.666 €

Eigenkapitalquote:
48,98 %

Gewinnausschüttung
9.066 €

Kapitalverzinsung
58,9 %

BETEILIGUNGEN DER STADT MEERBUSCH

wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH

Adresse: Hochstraße 1, 40670 Meerbusch
Gründungsdatum: 25.05.1994
Gesellschaftsvertrag: 25.05.1994

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie die Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten und Anlagen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung verpachten.

Stammkapital

10.225837,62 €

Beteiligung der Stadt

6.135.502,57 € (60 %)

Weitere Gesellschafterin

rhenag - Rheinische Energie AG
4.090.335,05 € (40 %)

Organe

Aufsichtsrat: 10 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch + 4 rhenag
Gesellschafterversammlung: 8 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch + 2 rhenag (4 Stimmen)
Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Manfred Weigand

Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Thomas Jung	Ratsmitglied
Leo Jürgens	Ratsmitglied
Lutz Lienenkämper	Ratsmitglied
Wolf Meyer-Ricks	Ratsmitglied
Winfried Sandt	Ratsmitglied

Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Herbert Becker	Ratsmitglied
Holger Losse	Ratsmitglied
Michael Nowack	Erster Beigeordneter
Heinz Ruyter	Ratsmitglied
Robert Wienands	Ratsmitglied bis 02.09.2005
Petra Schoppe	Ratsmitglied ab 29.09.2005

§ 13 Gesellschaftsvertrag

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegt u. a. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung. Im Beschluss über die Ergebnisverwendung können die Gesellschafter dabei Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Der verbleiben-

de Betrag wird ausgeschüttet. Der Beschluss über die Ergebnisverwendung bedarf einer Mehrheit von 75 % der Stimmen aller Gesellschafter.

Bilanz zum 31.12.2005

wbm

Aktiva

	31.12.2005 T€	31.12.2004 T€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	660	706
Sachanlagen	30.750	24.496
Finanzanlagen	75	80
	31.485	30.282
Umlaufvermögen		
Vorräte	350	370
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.677	11.368
Flüssige Mittel	1.650	328
	13.677	12.066
Rechnungsabgrenzungsposten	358	317
	45.520	42.665
Passiva		
	31.12.2005 T€	31.12.2004 T€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	10.226	10.226
1. Kapitalrücklage	3.205	3.205
2. Gewinnrücklage	1.522	1.157
Bilanzgewinn	4.145	2.367
	19.098	16.955
Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge	5.278	5.416
Rückstellungen	239	563
Verbindlichkeiten	20.865	19.691
Rechnungsabgrenzungsposten	40	40

45.520

42.665

Gewinn- u. Verlustrechnung

wbm

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	31.12.2005 T€		31.12.2004 T€
1. Umsatzerlöse	21.547		20.474
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	151		99
3. Sonstige betriebliche Erträge	5.659		5.659
4. Materialaufwand	- 13.093	-	11.551
5. Personalaufwand	- 2.352	-	2.282
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	- 2.687	-	2.560
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 5.158	-	5.223
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	304		47
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 577	-	647
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.768		4.016
11. Außerordentliche Erträge	0		0
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
a) Ertragssteuern laufendes Jahr	- 1.246	-	1.633
b) Ertragssteuern Vorjahre	1.636		
13. Sonstige Steuern	- 14	-	17
14. Jahresüberschuss	4.144		2.366
15. Gewinn aus Vorjahr	1		1
16. Bilanzgewinn	4.145		2.367

Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung 2005

Ergebnis und Erträge

Das Jahresergebnis 2005 der wbm ist durch hohe Steuererstattungen für Vorjahre geprägt.

Die wbm weist für das abgelaufene Geschäftsjahr 2005 ein bereinigtes Ergebnis von 2.341 T€ aus, das damit in der Größenordnung des Vorjahresergebnisses (- 25 T€) liegt. Auch dieses Ergebnis profitiert von einer Neuberechnung der Ertragssteuern wodurch sich der Ergebnisverlust in der Gassparte nicht auf das Jahresergebnis durchschlägt.

Auf Antrag unserer Gesellschaft wurden die Steuerbescheide für die Jahre 1999 bis 2003 geändert. Diese Änderung hatte auch Auswirkung für die Steuerfestsetzung 2004. Per Saldo ergeben sich Steuererstattungen in Höhe von 1.636 T€ und ein Zinsertrag in Höhe von 167 T€, so dass durch dieses Ereignis das Jahresergebnis insgesamt um 1.803 T€ auf 4.144 T€ verbessert wurde.

Mit der Übernahme der kompletten Betriebsführung für das Wassernetz Osterath, das nunmehr als eigene Sparte geführt wird, umfasst der Geschäftsbereich der wbm nunmehr vier Sparten: Wasserversorgung, Gasversorgung, Stromversorgung (Verpachtung Stromnetz, Inkasso und Kundenberatung) sowie die Betriebsführung Wassernetz Osterath.

In der Gassparte sank der Absatz um ca. 6,2 % auf 345 Mio. kWh. Die ungünstigen Rahmenbedingungen, hervorgerufen durch einen wärmeren Temperaturverlauf, eine niedrigere Neubauaktivität und den Rückgang der spezifischen Energieverbräuche, konnte durch das Neukundengeschäft nicht kompensiert werden.

Der starke Anstieg der Erdgasimportpreise als Folge der drastischen Erhöhung der Rohöl und Ölproduktpreise im weltweiten Handel, führte auch zu einer deutlichen Erhöhung unserer Einkaufspreise, die von Quartal zu Quartal stiegen. Trotz einem Rückgang der Gasbezugsmenge um 6,7 % (24 Mio. kWh) sind die Gasbezugskosten um 23,2 % (1.941 T€) gestiegen. Insbesondere im Haushalts- und Kleinverbrauchstarif konnten wir diese Preiserhöhungen nicht vollumfänglich an unsere Kunden weitergeben, obwohl wir unsere Gaspreise zum 1.1.2005 um 0,42 Cent / kWh und zum 1.10.2005 um 0,30 Cent / kWh erhöhen mussten. Dadurch konnten die Erträge aus Gasverkauf um 1.721 T€ gesteigert werden, was aber nicht genügte, die gestiegenen Gasbezugskosten auszugleichen.

Trotzdem hat die wbm ihre Gasnetzerweiterungen in Nierst fortgeführt und hier erhebliche Mittel investiert. Diese Investitionen, der Absatzrückgang und die nicht vollständige Gasbezugspreiserhöhungen haben insgesamt zu einer Ergebnisreduzierung von 291 T€ in der Gassparte geführt.

In der Wassersparte ging die Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr nochmals um 45 Tm³ zurück. Dieser Rückgang ist zum Teil auf die Witterung und zum Teil auf Einsparungen der Kunden zurückzuführen. Durch Konsolidierungsmaßnahmen und insbesondere durch ein verbessertes Finanzergebnis als Folge von Umschuldungen in den Vorjahren konnte insgesamt das Jahresergebnis der Sparte Wasserversorgung um 68 T€ auf 271 T€ verbessert werden.

Die Ertragslage in der Stromversorgung ist im Wesentlichen durch die Positionen Pachterlöse und Leasingraten geprägt. Das ordentliche Betriebsergebnis dieser Sparte entspricht im Wesentlichen dem des Vorjahres. Das Jahresergebnis dieser Sparte wird jedoch durch die eingangs erwähnten Pachterträge beim Gewerbeertrag ab 1999 fallen hier Zinserträge und Steuerrückzahlungen von insgesamt 1.803 T€ an. Das lässt das Jahresergebnis dieser Sparte einmalig auf 2.538 T€ schnellen. Das bereinigte Ergebnis der Sparte Strom beträgt 735 T€ (Vorjahr – keine Neuberechnungen der Er-

tragssteuern wesentlich verändert. Verursacht durch die hälftige Kürzung der Sondereffekte, alte Steuerberechnung – 537 T€).

Mit Gründung der WNO - Wassernetz Osterath GmbH in 2004 wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration des Wassernetzes Osterath in die wbm getan. Die Gesellschaftsanteile an der WNO - Wassernetz Osterath GmbH werden zu 100 % von der Stadt Meerbusch, die auch die Gesellschafteranteile der Wasserwerk des Kreises Viersen GmbH, der Vorgängergesellschaft der WNO hielt, gehalten.

Die WNO - Wassernetz Osterath GmbH wird bis zu einer angedachten Einbringung in die wbm voll umfänglich von der wbm betriebsgeführt. Seit 2004 wird die Betriebsführung als eigene Sparte geführt. Das Spartenergebnis betrug wie im Vorjahr 7 T€.

Investitionen

Das Anlagevermögen einschließlich der immateriellen Vermögensgegenstände erhöhte sich im Berichtsjahr von 30.282 T€ auf 31.485 T€. Insgesamt wurden 3.922 T€ investiert. Damit überschreiten die Investitionen die Abschreibungen um 1.235 T€.

Der größte Teil der Investitionen entfällt mit 1.546 T€ auf den Bereich der Gasversorgung. Hier wurden 328 T€ für die Erneuerung von vorhandenen Gasanlagen, die insbesondere auf die Erneuerung der Gasrohrleitungen aus der Zeit der Erstversorgung im Stadtteil Büberich aufgewandt. In die Netzerweiterung wurden 499 T€ für 7,7 km Rohrleitungen investiert. Mit 283 T€ wurden 166 neue Hausanschlüsse erstellt.

In dem Geschäftsfeld Mehrwärme / Wärmekontraktung fielen Investitionskosten von 284 T€, an, die vorwiegend in ein Nahwärmekonzept in Büberich investiert wurden. Das Geschäftsfeld hat sich seit 2004 erfolgreich etabliert; der Absatz stieg in 2005 von 1,0 Mio. kWh auf 1,9 Mio. kWh.

Im Bereich der Wasserversorgung wurden insgesamt 1.223 T€ investiert. Hiervon entfallen 959 T€ auf die Erneuerung von Wasserleitungen. In die Erweiterung des Leitungsnetzes wurden 117 T€ für 1,3 km Wasserleitungen investiert. Mit einem Investitionsaufwand von 133 T€ wurden 69 neue Wasserhausanschlüsse erstellt.

Die Investitionen im Bereich des Stromnetzes betragen 861 T€.

Die wbm hat im Berichtsjahr 2005 die Erweiterung und Verdichtung des Versorgungsnetzes sowie die notwendigen Erneuerungen an den Gas-, Wasser- und Stromversorgungsanlagen planmäßig durchgeführt, so dass die Versorgung der Bevölkerung sowohl qualitativ als auch quantitativ jederzeit sichergestellt werden konnte.

Die im Anhang und im Lagebericht gegebenen Erläuterungen legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt – voll entsprochen hat.

Vermögens- und Finanzstruktur

Das Gesamtvermögen der wbm beträgt 45.520 T€, wobei das langfristig gebundene Vermögen mit 31.839 T€ einen Anteil von ca. 70 % und das kurzfristig gebundene Vermögen mit 13.681 T€ einen Anteil von rund 30 % ausmacht.

Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich um 279 T€ auf 17.942 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt mit 39,4 %, verursacht durch das größere Gesamtkapital, um 2,0 %-Punkte unter dem Wert des Vorjahres.

Das langfristig gebundene Vermögen ist wie im Vorjahr zu 97,0 % durch das wirtschaftliche Eigenkapital plus lang- und mittelfristiges Fremdkapital gedeckt. Flüssige Mittel plus Forderungen decken zu 91,1 % das kurzfristige Fremdkapital.

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt 9,5 % gegenüber 10,9 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalrentabilität sank um 1,7 %-Punkte auf 20,9 %. Die Umsatzrentabilität beträgt 17,4 % und liegt damit um 2,1 %-Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- Finanz- und Ertragslage der wbm war während des gesamten Geschäftsjahres 2005 gut.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2005 beträgt 4.145.484,74 €, er resultiert aus einem Jahresüberschuss von 4.143.912,25 € und einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 1.572,49 €.

Es sollen 3.795.000,00 € ausgeschüttet, 350.000,00 € in die Gewinnrücklage eingestellt und 484,74 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Mitarbeiter

Die Geschäftsführung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der wbm, die auch im Jahr 2005 mit ihrem tatkräftigen Einsatz, eine reibungslose Versorgung der Meerbuscher Bürger sichergestellt und nachhaltig zur positiven Entwicklung und zum Erfolg des Unternehmens beigetragen haben. Der Dank gilt auch dem Betriebsrat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben.

Risiken

Die Risikobewertung der wbm hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und so weit wie möglich zu vermeiden bzw. evtl. Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen.

Finanzrisiken sind nicht erkennbar. Verträge mit jedweder Art mit darin eingebetteten Derivaten oder Währungsrisiken bestehen nicht. Es werden nur einfache Zinssicherungsgeschäfte getätigt.

Betriebsrisiken werden durch die strikte Einhaltung des Regelwerkes klein gehalten. Es findet kontinuierlich die erforderliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter statt. Den erkennbaren Risiken wird, so weit handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen wie auch durch einen umfangreichen Versicherungsschutz, der regelmäßig überprüft wird, ausreichend Rechnung getragen.

Wettbewerbsrisiken des Marktes werden mit Eröffnung der Energiemärkte stärkere Veränderungen des Kundenbestandes zulassen und andererseits eine entsprechend optimierte, flexible Energiebeschaffung ermöglichen. Die wbm wird sich hierauf einerseits durch eine verbesserte Dienstleistungsqualität incl. Beratung und die Verankerung ihrer lokalen Präsenz einstellen, andererseits wird sie durch den Aufbau eines Bezugsportfolios die neuen Möglichkeiten des Wettbewerbes auf der Bezugsseite nutzen.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios der wbm lässt die Aussage zu, dass in 2005 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Ausblick

Das Jahr 2005 hat für die Energiewirtschaft mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz Fakten geschaffen und die Rahmenbedingungen für das unternehmerische Handeln, auch der wbm, stark verändert. Durch die vom Gesetzgeber geforderte Trennung von Energieerzeugung, Transport und Verteilung wurde auch in die Organisation der wbm eingegriffen. Um den Netzbereich jedem Vertrieb diskriminierungsfrei zu regulierten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wurde es erforderlich, bei der wbm Vertrieb und Netz organisatorisch und informatorisch zu trennen, so dass die wbm nunmehr vier Bereiche mit je einem Bereichsleiter unterhält: Netz, Vertrieb, Kundenservice und Finanzen.

Mit hohem personellem Aufwand wurde der Antrag zur Genehmigung des Netzentgeltes für Gas incl. der vielen Begleitberichte und Unterlagen für die Regulierungsbehörde erarbeitet. Für 2006 müssen die Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes so in unternehmerisches Handeln umgesetzt werden, dass die neuen Prozesse effizient ablaufen und sowohl die gesetzlichen Bedingungen erfüllt werden, als auch eine wirtschaftliche Abwicklung gewährleistet ist.

Die Netzregulierung stellt durch die Festlegung des Netzzuganges das Durchleitungshandling, die Trennung von Netz und Vertrieb eine große operative Herausforderung dar. Die Konditionen des Netzbetriebes, vor allem die Genehmigung des Netznutzungsentgeltes Gas werden eine Neubewertung der zukünftigen Ergebnisentwicklung auch unseres Unternehmens notwendig machen.

Im Vertriebsbereich werden erhebliche Anstrengungen nötig werden, um die Kunden mit den angebotenen Produkten und Dienstleistungen in einem guten Preis- Leistungsverhältnis zu überzeugen. Hierzu werden neue Produkte und ggf. Vertragsmodelle entwickelt werden müssen. Die Frage Zukauf von Leistungen oder Selbsterbringen wird ebenso wiederholt neu zu stellen sein, wie die Frage nach Aufgabenkooperation mit Dritten. Die wbm wird sich diesen Aufgaben wohl auch in Rückgriff auf die Fachkompetenz der rhenag als auch durch Einkauf externer Beratungen stellen. Sie ist sicher, so in einem freien Wettbewerb den innewohnenden Risiken, wie Kundenverlust, Rückgang der Margen im Vertrieb als auch den Konsequenzen eines regulierten Netzentgeltes begegnen zu können.

Die mögliche Anschlussdichte im Versorgungsgebiet Meerbusch ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Ebenso sind weitere Dienstleistungen für Kunden und die Stadt denkbar. Eine enge Zusammenarbeit mit den konzessionierten Installateuren kann die Kundenbindung verstärken und den lokalen Bezug festigen. Aufgabenkooperationen bei Beschaffung sowie teilweise im Vertrieb und im Netzbetrieb können Prozesse wirtschaftlicher gestalten.

In 2006 lässt der bisherige Geschäftsverlauf erwarten, dass die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Zielgrößen erreicht werden können. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Wettbewerb in diesem Jahr noch nicht wesentlich auswirken wird; es ist eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu erwarten.

Die Gasabgabe hat bis einschließlich April witterungsbedingt den Vorjahreswert um 18,4 % überschritten. Die Gasbezugspreisentwicklung wird voraussichtlich eine Gaspreiserhöhung zum 1.10.2006 erforderlich machen. Die Wasserabgabe entspricht dem Vorjahresniveau und wird sich im Laufe des Sommers witterungsbedingt einstellen.

Im Bereich der Gasversorgung werden die Investitionen überwiegend in der Verdichtung und Erneuerung der Versorgungsleitungen aus der Zeit vor 1940 liegen; die Erweiterungen sollen im Wesentlichen nur in Neubaugebieten und in Teilen von Nierst erfolgen.

Im Bereich der Wasserversorgung liegen die Schwerpunkte in der Sanierung der Asbestzementrohrleitungen, im Versorgungsbereich des Wasserwerkes Lank-Latum und nachrangig in der begleitenden Neuverlegung von Gasnetzerweiterungen.

Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH

gez.
Manfred Weigand
Geschäftsführer

WNO Wassernetz Osterath GmbH

Adresse: Hochstraße 1, 40670 Meerbusch
Gründungsdatum: 27.08.2004 rückwirkend zum 01.01.2004
Betriebsführungsvertrag: 21.12.2004

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Wasser. Die Gesellschaft ist aus der Wasserwerk des Kreises Viersen GmbH durch Aufspaltung zur Neugründung gem. § 123 Abs. 1 Nr. 2 UmwG als eine von fünf neu gegründeten Gesellschaften entstanden. Als Spaltungsstichtag wurde der 1. Januar 2004 festgelegt. Die in der Schlussbilanz der Wasserwerk des Kreises Viersen GmbH für das Versorgungsnetz Osterath ausgewiesenen Beträge wurden als Eröffnungsbilanzwerte für die WNO - Wassernetz Osterath GmbH übernommen.

Gesellschaftskapital

25.000,00 €

Beteiligung der Stadt

1.440.002,45 € 100 %

Organe

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Leo Jürgens	Ratsmitglied
Thomas Jung	Ratsmitglied
Lutz Lienenkämper	Ratsmitglied
Wolf Meyer-Ricks	Ratsmitglied
Winfried Sandt	Ratsmitglied

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Herbert Becker	Ratsmitglied
Holger Losse	Ratsmitglied
Michael Nowack	Erster Beigeordneter
Heinz Ruyter	Ratsmitglied
Robert Wienands	Ratsmitglied bis 02.09.2005
Petra Schoppe	Ratsmitglied ab 29.09.2005

Gewinn- und Verlustregelung

Durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KontraG), wird unter anderem die Stellung des Aufsichtsrates und seine Kontrollfunktion gestärkt. Als Nachweis, dass der Aufsichtsrat dieser Aufgabe nachgekommen ist, soll im Rahmen des Jahresabschlusses auch der Bericht des Aufsichtsrates verabschiedet werden.

Dieser Bericht des Aufsichtsrates, wird neben wesentlichen Teilen aus dem Prüfbericht, insbesondere Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung mit jeweiligen Erläuterungen, sowie Lagebericht und weiteren Aussagen zur Entwicklung des Unternehmens, im Geschäftsbericht veröffentlicht.

Für den Bericht des Aufsichtsrates wurde folgender Text vorgeschlagen und auch angenommen. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich und schriftlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt.

Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Bilanz zum 31.12.2005

WNO

Aktiva

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

49.535

55

Sachanlagen

1. Technische Anlagen

1.857.904

1.931

2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau

0

0

1.907.439

1.986

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

251.248

187

2. Forderungen gegen Gesellschafter

0

96

3. Sonstige Vermögensgegenstände

280.042

286

Kassenbestand und Guthaben
bei Kreditinstituten

300

17

531.590

586

Rechnungsabgrenzungsposten

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

4.250

0

2.443.279

2.572

Passiva

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

25.000

25

Kapitalrücklage

203.176

203

Jahresüberschuss

178.497

125

406.673

353

Empfangene Ertragszuschüsse

15.921

32

Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen

36.010

21

2. Sonstige Rückstellungen

12.000

18

48.010

39

Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

770.000

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

260.642

701

3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

119.731

0

4. Sonstige Verbindlichkeiten

822.302

1.447

1.972.675

2.148

2.443.279

2.572

Gewinn- u. Verlustrechnung

WNO

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	31.12.2005 €	31.12.2004 T€
1. Umsatzerlöse	1.365.305	1.345
2. Sonstige betriebliche Erträge	31.356	32
3. Materialaufwand	- 592.116	- 633
4. Personalaufwand	- 7.510	- 2
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachlagen	- 95.168	- 87
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 345.594	- 398
7. Ordentliches Betriebsergebnis (Zwischensumme aus Z. 1 – 6)	356.272	257
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.139	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 55.594	- 44
10. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z. 8 - 9)	- 53.455	- 44
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	302.817	213
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 124.320	- 88
13. Jahresüberschuss	178.497	125

Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung 2005

Die WNO - Wassernetz Osterath GmbH wurde rückwirkend zum 01.01.2004 gemeinsam mit vier weiteren Gesellschaften durch die Aufspaltung des Wasserwerkes des Kreises Viersen GmbH gegründet.

Die wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH hat im Jahre 2005 die Betriebsführung für die WNO im kaufmännischen und technischen Bereich voll umfänglich übernommen.

Unsere Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2005 einen erfolgreichen Geschäftsverlauf verzeichnen. Der Jahresüberschuss belief sich auf 178 T€ (Vorjahr: 125 T€).

Die Erträge aus dem Wasserverkauf betragen im Jahre 2005 1.349 T€ und liegen damit um 26 T€ über dem Vorjahreswert von 1.323 T€. Die Trinkwasserabgabe lag mit 655 Tm³ um 13 Tm³ über dem Vorjahreswert.

Das Gesamtvermögen des Unternehmens hat sich im Berichtsjahr von 2.572 T€ um 129 T€ auf 2.443 T€ verringert.

Nach Investitionen in Höhe von 657 T€ in 2004 wurde in 2005 mit 16 T€ sehr zurückhaltend investiert und nur notwendige Maßnahmen durchgeführt. Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe von 95 T€ entgegen, so dass sich das Anlagevermögen per Saldo um 79 T€ vermindert hat.

Auch im Jahr 2006 sollen die Investitionen auf das notwendige Maß begrenzt bleiben, allerdings sollen bei Rohrbrüchen, wenn wirtschaftlich sinnvoll aktivierungsfähige Abschnitte saniert werden, um die Unterhaltungsaufwendungen im bisherigen Rahmen zu halten.

Im Bereich des kurzfristigen Vermögens sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 64 T€ gestiegen, die Forderungen an Gesellschafter um 96 T€ und der Bankbestand um 16 gesunken, so dass sich insgesamt eine Verminderung um 50 T€ ergibt.

Auf der Passiva haben sich vor allem die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-440 T€) und die sonstigen Verbindlichkeiten (-625 T€) vermindert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+770 T€) und die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (+120 T€) haben sich erhöht.

Die Eigenkapitalquote von 9,7 % (Vorjahr: 9,5 %) ist verbesserungswürdig und soll weiter beobachtet werden.

Durch die Aufnahme eines langfristigen Darlehens konnte der Anlagedeckungsgrad, gebildet aus wirtschaftlichem Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gegenüber dem langfristig gebunden Vermögen um 25,6 % auf 79,8 % erhöht werden und kann nun als ausreichend gelten.

Das Verhältnis flüssige Mittel plus Forderung gegenüber kurzfristigem Fremdkapital (Liquidität zweiten Grades) ist am Bilanzstichtag mit 58,2 % (Vorjahr 39,2 %) noch nicht ausreichend und muss verbessert werden. Trotz dieser insgesamt nicht ganz ausreichenden Finanzwerte ist der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet, da die WNO als 100%ige Tochter der Stadt Meerbusch kreditwürdig ist.

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt 14,6 % (Vorjahr 10 %). Die Umsatzrentabilität verbesserte sich um 6,3 %-Punkte auf 22,1 %.

Um die Eigenkapitalsituation zu verbessern ist für 2006 eine Erhöhung der Wasserpreise vorgesehen.

Es ist beabsichtigt, den monatlichen Grundpreis für die erste und auch für die zweite sowie die weiteren Wohneinheiten um 1,57 € bzw. 0,78 € zu erhöhen und damit auf den Wert im übrigen Versorgungsgebiet der Stadt Meerbusch anzuheben, im Gegenzug soll der Wasserpreis auf das Niveau des übrigen Versorgungsgebietes um 5 Cent gesenkt werden, insgesamt wird damit eine Rohmargeverbesserung von ca. 60 T€ erwartet, die daraus resultierende Ergebnisverbesserung sollte zur Eigenkapitalstärkung im Unternehmen verbleiben.

Die Risikobewertung der WNO hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und soweit wie möglich zu vermeiden bzw. eventuelle Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen. Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Die im Anhang und im Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Wasser – entsprochen hat.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2005 beträgt 178 T€. Er soll in voller Höhe ausgeschüttet werden.

Ausblick 2006

Der Wasserabsatz der WNO - Wassernetz Osterath GmbH liegt auch in 2006 in der Größenordnung der letzten Jahre. Bis einschließlich Mitte Mai 2006 sind keine größeren Investitionen angefallen. Die Versorgungslage ist stabil.

Zur Erhöhung der Liquidität ist beabsichtigt, einen Kontokorrentkredit einzurichten.

Insgesamt ist für 2006 ein zufriedener Geschäftsverlauf zu erwarten und davon auszugehen, dass die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ertragsziele erreicht werden können.

Wassernetz Osterath GmbH

Manfred Weigand
Geschäftsführer

Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Adresse: Oberstraße 91, 41460 Neuss
Kreistagsbeschluss: 26.09.1995
Gesellschaftsvertrag: 26.10.1995
Gründungsdatum: 01.01.1996
Beitritt Stadt: 20.05.1996

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

- § Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisverkehrsplanes.
- § Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Zu diesem Zweck kann das Unternehmen insbesondere selbst Linien-, Gelegenheits- und Schülerspezialverkehr mit Kraftfahrzeugen einschließlich schienengebundene Fahrzeuge - organisieren und die Nutzung von Fahrwegen regeln.
- § Das Unternehmen kann weiterhin Verträge mit solchen Unternehmungen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Einrichtungen abschließen, die diesen Zweck fördern, sich hieran beteiligen sowie Mitglied werden.
- § Möglichkeit, sich anderer Unternehmungen, Körperschaften und Einrichtungen durch den Abschluss entsprechender Verträge zu bedienen.
- § Erarbeitung und Fortschreibung des Nahverkehrsplans für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises Neuss.

Aufgabe der Gesellschaft ist es **nicht**, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

Stammkapital

26.200,-- €

Gesellschafter/Beteiligungen/Übernahme der Geschäftsanteile

Kreis Neuss	8.500,00 €	32,44%		
Stadt Neuss	6.500,00 €	24,81%	06.09.1996	Stadtwerke
Stadt Grevenbroich	2.400,00 €	9,16%	20.05.1996	
Stadt Dormagen	2.100,00 €	8,02%	20.05.1996	Verkehrsgesellschaft
Stadt Meerbusch	2.100,00 €	8,02%	20.05.1996	
Stadt Kaarst	1.600,00 €	6,11%	18.12.1996	
Stadt Korschenbroich	1.300,00 €	4,96%	20.05.1996	
Gemeinde Jüchen	1.100,00 €	4,20%	20.05.1996	
Gemeinde Rommerskirchen	600,00 €	2,29%	20.05.1996	

Organe

Aufsichtsrat (18 Mitglieder), Vorsitz: Landrat Patt
 Gesellschafterversammlung, Vorsitz: Landrat Patt
 Geschäftsführer: Kreisdirektor Petrauschke

Vertreter im Aufsichtsrat

Bürgermeister Dieter Spindler

Ratsherr Jörg Wartchow

Vertreter in der Gesellschafterversammlung

I. Beigeordneter Nowack

Gewinn- und Verlustausgleich (§ 13 Gesellschaftsvertrag)

Die Gewinnverteilung erfolgt gem. § 29 GmbH-Gesetz (s. aber auch Auszug aus der Präambel dieses Vertrages, Seite 26).

Der Kreis trägt insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft sowie die Kosten für die Erstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bis zur Höhe von 1%-Punkt der Kreisumlage. Übrige Defizite, insbesondere Defizite aus den Verkehren der Gesellschaft, werden entsprechend der Bedienung auf die Städte und Gemeinden bzw. deren Eigengesellschaften verteilt.

Ab dem 01.01.1997 werden die Kosten des ÖPNV über die Kreisverkehrsgesellschaft abgewickelt. 1997 betrug das Aufteilungsverhältnis 60:40. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Kreisverkehrsgesellschaft mbH haben in der Sitzung am 24.11.1997 beschlossen, dass für die Jahre ab 1998 die ÖPNV-Kosten kreisintern zu 100 % umgelegt werden. Die Stadt Meerbusch erhält dann bis zu einer Kostenverteilungsregelung für die Stadtbahnbedienung durch die Rheinbahn einen Betrag von 70 % aus der Landespauschale als Zuschuss zu den ÖPNV-Kosten der Stadt.

Ab 2004 wurde die Landespauschale von 500.000 € auf 150.000 € gesenkt. Die Gesellschafterversammlung hat am 29.03.2004 beschlossen, dass nach Abzug von Kosten der Kreisverkehrsgesellschaft den Restbetrag an die kreisangehörigen Kommunen in dem bisher vereinbarten Verhältnis zu verteilen.

Rechte der Gesellschafter

§ 12 Abs. 4, 2. Satz

Die Abschlussprüfung muss sich auch auf die Prüfungsgegenstände des § 53 Abs. Haushaltsgrundsatzgesetzes erstrecken.

§ 12 Abs. 6

Den Rechnungsprüfungsämtern der Gesellschafter stehen die Rechte gem. § 54 HGrG zu.

Bilanz zum 31.12.2004

Verkehrsgesellschaft
mbH Kreis Neuss

Aktiva

	31.12.2004	31.12.2003
	€	€
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.219	27.060
Sonstige Vermögensgegenstände	27.219	27.060
II. Kassenbestand, Postgirokontoguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	458.846	360.250
Festgeld	25.565	25.565
Bankguthaben	433.282	334.685
Umlaufvermögen	486.066	387.309

Passiva

	31.12.2004	31.12.2003
	€	€
A. Eigenkapital	6.707	9.643
I Gezeichnetes Kapital	25.564	25.564
II Kapitalrücklage	14.044	14.044
III Gewinn-/Verlustvortrag	- 29.966	- 27.308
IV Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 2.936	- 2.658
B. Rückstellungen	0	0
1. Rückstellungen	14.263	11.213
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	0	0
2. Sonstige Verbindlichkeiten	465.096	366.453
Bilanzsumme	486.066	387.309

Gewinn- u. Verlustrechnung

Verkehrsgesellschaft
mbH Kreis Neuss

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2004

	31.12.2004 €	31.12.2003 €
1. Sonstige betriebliche Erträge	0	0
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.441	3.256
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	505	598
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 2.936	- 2.658
5. außerordentliche Erträge	0	0
6. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 2.936	- 2.658

GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG

Adresse: Carl-Wilhelm-Str. 14, 47798 Krefeld
Gründungsdatum: 12.06.1901
Satzung (letzte Fassung): 04.09.1995

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

1. Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
2. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, sozialwirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.
3. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
4. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne dieser Satzung.
5. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschl. einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.
6. Die Gesellschaft ist am 31.12.1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Sie wird im Jahre 1990 wie bisher die gemeinnützigkeitsrechtlichen zulässigen Geschäfte betreiben.

Stammkapital

7.914.798,32 €

Aktionäre/Beteiligungen

Wirtschaftsförderungsgesellschaft		
des Kreises Viersen -WfG-	3.272.268,04 €	41,34%
Sparkasse Krefeld	3.080.022,29 €	38,92%
Stadt Willich	436.643,27 €	5,52%
Schwalmtalwerke	235.705,56 €	2,98%
Stadt Meerbusch	228.036,18 €	2,88%
Stadt Viersen	195.824,79 €	2,47%
Gemeinde Niederkrüchten	153.387,56 €	1,94%
Gemeinde Brüggen	113.506,80 €	1,43%
Stadt Krefeld	85.897,04 €	1,09%
Stadt Tönisvorst	35.790,43 €	0,45%
Stadt Kempen	25.564,59 €	0,32%
Stadt Nettetal	25.564,59 €	0,32%
Gemeinde Grefrath	25.053,30 €	0,32%
Sonstige	1.533,88 €	0,02%

Organe

- Aufsichtsrat
- Vorstand
- Hauptversammlung

Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsbeirat zur Beratung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.

Vertreter im Verwaltungsbeirat

Beigeordneter Mattner-Stellmann
Vertreter: I. Beigeordneter Nowack

Vertreter in der Hauptversammlung

StOVR Thomas Fox
Vertreter StOVR Jürgen Wirtz

Gewinn-/Verlustregelung lt. Satzung

§ 17

1. Aus dem Jahresüberschuss abzgl. eines Verlustvortrages aus dem Vorjahr ist der zwanzigste Teil so lange in die gesetzliche Rücklage einzuteilen, bis 50 % des Grundkapitals erreicht oder wieder erreicht sind. Die gesetzliche Rücklage darf nur nach den gesetzlichen Vorschriften verwandt werden.
2. Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, so sollten sie die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Sie sind ermächtigt, bis zu 90 % des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, bis diese die Hälfte des Grundkapitals erreicht haben, sofern hierdurch die Zahlung der nach § 18 dieser Satzung in Aussicht genommenen Dividende nicht in Frage gestellt wird. Dabei sind Beträge, die in die gesetzliche Rücklage einzustellen sind und ein Verlustvortrag vorab dem Jahresüberschuss abzuziehen.
3. Stellt die Hauptversammlung den Jahresabschluss fest, so kann sie höchstens die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 18

1. Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns. An die Aktionäre darf hiervon jährlich höchstens 4 % ihrer Einzahlungen auf die übernommenen Aktien ausgeschüttet

werden. Soweit der Bilanzgewinn nicht unter die Aktionäre verteilt wird, ist er für die Bildung anderer Gewinnrücklagen oder als Gewinnvortrag zu verwenden.

2. Der Vorstand ist nicht befugt, außerhalb eines von der Hauptversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Aktionären oder ihnen nachstehenden Personen oder Gesellschaften Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Aktionäre, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahe stehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertsatz verpflichtet. Die genannten Aktionäre müssen in diesem Fall an die Gesellschaft - zusätzlich - einen Betrag in Höhe der auf die Zuwendung entfallenden anrechenbaren Körperschaftssteuer, die auf ihre Ertragsteuerpflichtungen anzurechnen ist, abzuführen.

Bilanz zum 31.12.2005

gwg

Aktiva

	31.12.2005	31.12.2004
	€	€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	39.273	39.073
Sachanlagen	95.788.025	94.648.733
Finanzanlagen	495.910	481.519
	<u>96.317.208</u>	<u>95.169.325</u>
Umlaufvermögen		
Vorräte	12.819.772	12.950.498
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	144.525	162.212
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		
Umlaufvermögen insgesamt	642.571	1.492.529
	13.606.869	<u>14.605.239</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	140.563	158.546
	<u>110.064.639</u>	<u>109.933.110</u>

Passiva

	31.12.2005	31.12.2004
	€	€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	8.127.000	8.127.000
Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklage	4.063.500	4.063.500
Bauerneuerungsrücklagen	10.000.000	10.000.000
Andere Gewinnrücklagen	8.800.000	8.700.000
Bilanzgewinn	604.645	446.983
Eigenkapital insgesamt	31.595.145	<u>31.337.483</u>
Rückstellungen	1.337.648	1.165.704
Verbindlichkeiten	77.131.846	77.427.076
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2.847

Bilanzsumme

110.064.639

109.933.110

Gewinn- u. Verlustrechnung

gwg

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	31.12.2005 €	31.12.2004 €
1. Umsatzerlöse	20.176.935	19.808.455
2. Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	111.592	-418.958
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	205.031	389.694
4. Sonstige betriebliche Erträge	679.760	953.926
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	11.496.792	11.376.176
6. Rohergebnis	9.676.526	9.356.941
7. Personalaufwand	2.517.867	2.503.808
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.500.390	2.516.009
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	980.393	909.130
10. Erträge aus Ergebnisabführung	8.553	0
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.794	28.739
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	406	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.450.627	2.449.093
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.266.189	1.007.640
15. Steuern vom Einkommen	153.982	153.982
16. Sonstige Steuern	513.985	517.683
17. Jahresüberschuss	598.223	335.975
18. Gewinnvortrag aus Vorjahr	6.4223	111.007

19. Bilanzgewinn

604.645

446.982

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und Geschäftsergebnisses

Dass im Jahre 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen. Wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen (über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft) sowie die Sparkasse Krefeld. Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Verwaltung des eigenen Wohnungsbestandes. Weitere Geschäftsfelder sind die Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter) sowie das Bauträgergeschäft. Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen sowie in den Städten Krefeld und Meerbusch.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2005 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Die **gesamtwirtschaftliche Lage** ist weiterhin durch eine nur schleppende wirtschaftliche Erholung in Deutschland gekennzeichnet. Bei weiterhin stagnierender Binnennachfrage sind privater Konsum und Bauinvestitionen weiterhin schwach. So haben sich bei einer geringfügigen Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 0,9 % die Bauinvestitionen im Berichtsjahr um 2,7 % verringert (2004 minus 1,1 %; 2003 minus 1,6 %). Die für 2006 erwartete Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 1,2 % beruht nach den Aussagen der Prognosen im Wesentlichen auf Ausrüstungsinvestitionen und ist weiterhin stark auslandsabhängig. Bei einer solch verbleibenden schwachen Binnendynamik kann mit einem weiteren Rückgang der Bauinvestitionen und einem weiterhin stagnierenden Wohnungsmarkt gerechnet werden.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** ist weiterhin angespannt, das prognostizierte Wachstum reicht nicht aus um eine signifikante Senkung der Arbeitslosenzahlen zu erreichen. Bei einer Arbeitslosenzahl von 5.012.000 (Stand Januar 2006) ist mit durchgreifenden Veränderungen der Nachfragesituation im Immobilienbereich nicht zu rechnen.

Der **Kapitalmarkt** ist weiterhin gekennzeichnet durch ein im langjährigen Vergleich außergewöhnlich niedriges Zinsniveau. Im Kreditneugeschäft inländischer Banken verlief die Zinsentwicklung uneinheitlich. Während im mittel- bis langfristigen Bereich überwiegend sinkende Zinssätze zu verzeichnen waren, konnten im kurzfristigen Bereich leichte Erhöhungen beobachtet werden. Inflationsgefahr und Anhebung der Leitzinsen durch die EZB könnten in 2006 zu einem geringfügigen Anstieg der Zinsen führen.

Die **Bauwirtschaft** war in 2005 nach wie vor in einer Schwächephase. Umsatz und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe waren weiter rückläufig. Nach Schätzungen wurden in 2005 in diesem Bereich 60,4 Milliarden Euro umgesetzt (minus 2,1 %), auch die Anzahl der hier Beschäftigten sank auf ca. 671.000 Personen (minus 3,9 %). Inwiefern die leichte Verbesserung zum Jahresende (Auftragsplus um 8,2 %) langfristige Auswirkungen und Tendenzwenden haben wird ist nicht abzusehen.

Bezüglich der Entwicklung des **Immobilienmarktes** ist festzuhalten, dass die Zahl der Baugenehmigungen weiterhin rückläufig ist. Für 2006 wird mit der Genehmigung von etwa 240.000 Einheiten (minus 11 % gegenüber dem Vorjahr) gerechnet. Insgesamt kann damit der Wohnungsmarkt weiterhin als noch entspannt beschrieben werden. Die Angebots- und Nachfragesituation für Mietwohnungen in unserem regionalen Tätigkeitsbereich war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wie schon in den Vorjahren als ausgeglichen zu bezeichnen. Nach unserer Beobachtung waren die Nettokaltmieten im Wohnungsbereich weitestgehend unverändert, allerdings konnte wiederum eine erhebliche Steigerung der Betriebskosten, insbesondere der Energieversorgung und der Grundbesitzabgaben, verzeichnet werden.

Auf diesem wirtschaftlichen Hintergrund ist der Geschäftsverlauf für unser Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Leerstandquote (2,9 %) sowie Fluktuationsrate (11,01 %) waren gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Der Verlauf der Geschäftstätigkeit im Geschäftsfeld Bauträgergeschäft war im abgelaufenen Geschäftsjahr erwartungsgemäß als weniger günstig zu beurteilen. Allerdings hat dieses Geschäftsfeld keinen wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation des Unternehmens und soll für die Zukunft in seinem Umfang weiter eingeschränkt werden.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von T€ 598 der leicht oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses lag. Es ist beabsichtigt, eine Dividende von 22,00 € je Stückaktie (T€ 340,6) auszuschütten und einen Betrag von T€ 250,0 in die Gewinnrücklagen einzustellen. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer 1.2. verwiesen.

Das Unternehmen verwaltete am 31.12.2005 4.343 (Vorjahr 4.348) eigene Wohnungen sowie folgende Objekte Dritter: 273 WE, 137 Gewerbeeinheiten, 401 Garagen / Stellplätze und 7 WEG. Von den eigenen Objekten unterlagen 3.511 der Kostenmiete. Im Besitz des Unternehmens befinden sich weiterhin 7 Gewerbeeinheiten und 1.021 Garagen. In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

Willich	663 WE
Krefeld	128 WE
Meerbusch	695 WE
Nettetal	824 WE
Grefrath	214 WE
Brüggen	145 WE
Viersen	720 WE
Kempen	451 WE
Schwalmtal	375 WE
Tönisvorst	107 WE
Niederkrüchten	21 WE

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Bereichen kann direkt der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete des Unternehmens hat sich von 3,98 € pro qm in 2004 auf 4,17 € pro qm in 2005 erhöht. Am Bilanzstichtag betrug der Leerstand 127 WE (davon 46 WE marktbedingt).

Im Geschäftsjahr wurden 2.775 T€ für Modernisierungen in die Bauten des Anlagevermögens investiert. Als wesentliche Maßnahme sind hier die Modernisierung unseres Objektes Höhenstraße (110 WE) sowie die Vollmodernisierung des Objektes Grefrath-Oedt, Koulterfeld, (8 WE) zu nennen. Weitere Modernisierungsmaßnahmen betrafen Wohnungszusammenlegungen und Einbau von Heizungen. Im Bereich der Großinstandhaltung lag der Schwerpunkt im Bereich von Dachsanierung, Fenstermodernisierung sowie Modernisierung der Aufzugsanlagen.

1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2002 – 2005 einschließlich der zugrunde liegenden finanziellen Größen in der folgenden Tabelle dargestellt.

	in	2005	2004	2003	2002
Bilanzsumme	T€	110.065	109.933	106.874	97.521
Sachanlagevermögen	T€	95.788	94.648	90.904	84.063
Sachanlagenintensität	%	87,0	86,1	85,0	86,2
Investitionen in Sachanlagen	T€	3.360	6.247	9.195	4.421
Planmäßige Abschreibungen	T€	2.500	2.426	2.350	2.255
Eigenkapital	T€	31.255	30.997	31.002	30.697
Eigenkapitalquote	%	28,4	28,2	29,0	31,5
Langfristiges Fremdkapital	T€	67.447	68.497	65.381	58.393
Fremdkapitalquote	%	61,3	62,3	61,2	59,9
Cashflow	T€	3.085	2.866	2.694	3.086
<small>Jahresüberschuss + Abschreibungen Anlagevermögen und Geldbeschaffungskosten+/- Veränderung langfristiger Rückstellungen</small>					
Umsatzerlöse	T€	20.177	19.808	20.149	18.973
durchschnittliche Sollmiete	€/qm/l	4,07	3,98	3,92	3,90
Instandhaltungskosten	€/qm/l	1,52	1,68	1,67	1,84
Fluktuationsquote	%	11,0	10,8	10,2	10,9
Marktbedingter Leerstand	%	1,1	1,2	0,6	0,8

1.3. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr insgesamt 47 Mitarbeiter darin enthalten sind 3 Handwerker und 4 Auszubildende. Im kaufmännischen Bereich ist die Mitarbeiterschaft im Wesentlichen durch Kaufleute der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft geprägt im technischen Bereich sind es die Techniker und Architekten.

Am 01.10.2005 trat der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in Kraft. Die Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen wurden zum 01.10.2005 von BAT in den TVöD übergeleitet. Die Vergütung erfolgt seit diesem Zeitpunkt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) besonderer Teil Sparkassen (BT-S).

Als Altersvorsorge sind alle Mitarbeiter bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse versichert. Der Beitrag beträgt zurzeit 6,75 % bis zur Beitragsbemessungsgrundlage der Rentenversicherung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es ermöglicht durch einen Rahmenvertrag mit der Sparkassen-Pensionskasse eine zusätzliche Altersversorgung durch Gehaltumwandlung aufzubauen.

Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung betragen im Berichtsjahr T€ 28,8.

Im Berichtsjahr konnten planmäßig die Hausmeistertätigkeiten auf die im Vorjahr gegründete GWG Dienstleistungs-GmbH verlagert werden. Die Tätigkeiten unseres Regiebetriebes sind zum 01.01.2006 auf diese Gesellschaft übertragen worden.

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Der im Jahre 2005 erzielte Jahresüberschuss ist - im Vergleich zum Vorjahr - folgenden Bereichen zuzuordnen:

	2005	2004
	T€	T€
Hausbewirtschaftung	511	48
Bau- und Betreuungstätigkeit	-125	-215
Betriebsergebnis	-368	-167
Beteiligungs- und Finanzergebnis	39	28
Neutrales Ergebnis	327	629
Unternehmensergebnis vor Abzug von Steuern	752	490
Körperschaftsteuer-Ausschüttungsbelastung	154	154
Jahresüberschuss	598	336

Der Bereich der Hausbewirtschaftung zeigt eine Verbesserung des Ergebnisses um 463 T€ auf 511T€. Diese Verbesserung ist durch einen Anstieg der Aufwendungen von 237 T€ im Vergleich zum Anstieg der Erlöse aus der Hausbewirtschaftung von 700 T€ zu erklären. In den Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung ist eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 500 T€ enthalten.

Das Ergebnis der Bau- und Betreuungstätigkeit hat sich gegenüber 2005 um 90 T€ verbessert. Im Bereich des Bauträrgeschäftes stehen den Erlösen von 1.237 T€ Aufwendungen von 1.362 T€ entgegen, was zu einem negativen Ergebnis von 125 T€ führt. In den Aufwendungen sind jedoch Wertberichtigungen in Höhe von 79 T€ enthalten. Ohne diese Wertberichtigung hätte das Ergebnis bei minus 46 T€ gelegen.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis, das durch Zinserträge und Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen geprägt ist, hat sich um 11 T€ verbessert.

Das Ergebnis der neutralen Geschäftsvorfälle ist hauptsächlich durch die Auflösung von Rückstellungen (66 T€), Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen (61T€) sowie der Verkäufe von bebauten Grundstücken des Anlagevermögens (250T€) geprägt.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

	2005		2004		2003		2002	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Vermögensstruktur								
Immaterielle Vermögensgegenstände	33	0,0	39	0,0	52	0,0	65	0,1
Sachanlagen	95.788	87,0	94.649	86,1	90.905	85,1	84.063	86,2
Finanzanlagen	496	0,5	482	0,4	414	0,4	352	0,4
Geldbeschaffungskosten	31	0,0	34	0,0	35	0,0	35	0,0
Verkaufsgrundstücke	6.990	6,4	7.407	6,7	8.036	7,5	6.975	7,2
Unfertige Leistungen und andere Vorräte	5.830	5,3	5.544	5,0	5.276	4,9	5.012	5,1
Flüssige Mittel, Wertpapiere	643	0,6	1.493	1,4	1.549	1,4	696	0,7
Übrige Aktiva	254	0,2	285	0,3	607	0,6	323	0,3
Gesamtvermögen	110.065	100,0	109.933	100,0	106.874	100,0	97.521	100,0

	2005		2004		2003		2003	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Kapitalstruktur								
Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	8.127	7,4	8.127	7,4	8.127	7,6	7.915	8,1
Rücklagen, Bilanzgewinn ohne Dividenden	23.128	21,0	22.869	20,8	22.874	21,4	22.782	23,4
Fremdkapital/Rückstellungen/ Verbindlichkeiten								
Langfristig								
Rückstellungen	87	0,1	104	0,1	96	0,1	120	0,1
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	65.831	59,8	64.405	58,6	67.402	63,1	58.904	60,4
Kurzfristig								
Dividende	341	0,3	341	0,3	0	0,0	0	0,0
Steuerrückstellung	308	0,3	147	0,1	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	942	0,9	915	0,8	1.485	1,4	1.520	1,6
Erhaltene Anzahlungen	6.149	5,6	5.794	5,3	5.564	5,2	5.332	5,5
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	3.654	3,3	2.000	1,8	0	0,0	0	0,0
Übrige Verbindlichkeiten	1.498	1,4	5.231	4,8	1.326	1,2	948	1,0
Gesamtkapital	110.065	100,0	109.933	100,0	106.874	100,0	97.521	100,0

Die Bilanzsumme hat sich um 132,5 T€ auf 110,1 Mio. € erhöht. Dies ergibt sich durch den Abgang bei den immateriellen Vermögensgegenständen (- 6 T€), die fortgesetzten Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand (786 T€), Umwidmung aus dem Umlaufvermögen (353,9 T€) im Bereich der Sachanlagen (+1.139,9 T€), Zugänge bei den Finanzanlagen (+ 14 T€) und Abgängen (662,5 T€) sowie Umwidmungen aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen (353,9) in Höhe von 1.016,4 T€.

Zum 31.12.2005 enthält die Bilanz 96,3 Mio. € (87,5 %) langfristig gebundenes Vermögen, insbesondere Grundstücke des Anlagevermögens. Auf Verkaufsgrundstücke entfallen 7, Mio. € (6,4 %) und auf das übrige Umlaufvermögen 6,7 Mio. € (6,1 %).

Die Finanzstruktur weist 65,9 Mio. Euro (59,9 %) langfristige und 12,9 Mio. Euro (11,7 %) kurzfristige Fremdmittel sowie 31,3 Mio. Euro (28,4 %) Eigenkapital aus. Die langfristigen Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag fristgerecht mit Eigenkapital und langfristigen Fremdmitteln finanziert. Auch die Investitionen für in Durchführung und Bauvorbereitung befindliche Baumaßnahmen werden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem Überschuss sowie durch langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Liquidität war über das ganze Jahr 2005 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2006 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Im Rahmen der in Ziffer 1.3. dargestellten Verlagerung unseres Regiebetriebs in unsere 100 %ige Tochtergesellschaft GWG Dienstleistungs-GmbH sind mit Wirkung zum 01.01.2006 die Arbeitsverhältnisse von 3 Mitarbeitern in Form eines Personalgestellungsvertrages auf diese GmbH übertragen worden. Mit Wirkung zum gleichen Datum hat auch die GmbH die notwendige Betriebs- und Geschäftsausstattung (im Wesentlichen Kleingeräte) von der AG zum Buchwert erworben. Die GWG Dienstleistungs-GmbH wird ausschließlich für die Muttergesellschaft tätig sein. Strukturelle Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht zu erwarten. Ansonsten sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2005 eingetreten

4. Risikobericht

4.1. Risiken der künftigen Entwicklung

Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 47 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum Einen die Schadenshöhe (gering, erheblich, schwerwiegend) und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit (unwahrscheinlich, möglich, sehr wahrscheinlich) berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in 6 Risikoklassen eingeordnet. In den beiden höchsten Risikoklassen sind keine Risiken vorhanden. Es gibt also weder wirtschaftliche noch rechtliche Gefährdungspotenziale die innerhalb eines Prognosezeitraums von 2 Jahren zu einer Gefährdung des Unternehmens führen. Möglichen geringfügigen Risiken aus der Bewertung einer Tochtergesellschaft sowie dem Bauträgergeschäft ist durch entsprechende bilanzielle Maßnahmen Sorge getragen.

4.2. Chancen der künftigen Entwicklung

Die in den letzten Jahren kontinuierlich auf Grundlage eines Portfoliomanagements durchgeführte Modernisierung bietet zukünftige Ertragspotenziale. Auch das Auslaufen der Wohnungsbindung für ca. 2.000 WE bis zum Jahre 2010 trägt zu einem zukünftigen kontinuierlichen Ertragswachstum bei.

4.3. Finanzinstrumente

Wesentliches Finanzinstrument des Unternehmens sind die von Dritten gewährten in der Regel hypothekarisch abgesicherten Darlehn zur Finanzierung unseres Anlagevermögens. Bezüglich Einzelheiten wird auch auf den Verbindlichkeitsspiegel im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Bezüglich der Zinssituation findet ein ständiges Monitoring statt. Durch eine entsprechende Verteilung der Zinsbindungsfrist wird eine gewisse Steuerung des Zinsrisikos möglich. Auf Grund des relativ stetigen Cashflow (insbesondere aus Mieterlösen) sind für diesen Bereich Liquiditätsrisiken nicht zu erwarten.

Weitere Finanzinstrumente wendet das Unternehmen nicht an.

5. Prognosebericht

Auf Grund der regional diversifizierten Studien von Empirica (Wirtschaften und Wohnen in Deutschland, regionale Prognosen bis 2015, Wohnungsmarktentwicklung bis 2030) sowie des Pestel-Institutes (regionale Prognosen Bevölkerung, Haushalte, Wohnungsbedarf und Wohnungsnachfrage

bis 2010) ist für unseren regionalen Tätigkeitsbereich zumindest bis 2010 noch mit einem leichten Anstieg der Haushalte und damit einer leicht wachsenden Nachfrage zu rechnen. Auf Grund dieser Prognosen sieht das Unternehmen seine Bestandsgröße als insgesamt optimal an. Der Schwerpunkt der Weiterentwicklung wird daher im Bereich der Modernisierung gesetzt. Schwerpunkte in einem insgesamt geringen Neubauprogramm werden die Bereiche altersgerechtes Wohnen sowie Wohnen für junge Familien (Produkt: Reiheneinfamilienhaus zur Miete) sein. Auf Grund unserer mittelfristigen Wirtschaftplanung rechnen wir bei leicht steigenden Umsätzen und geplanten weiteren Modernisierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre mit einem Jahresüberschuss in der Größenordnung des Jahres 2005. Das Bauträgeschäft wird von uns rückläufig betrieben.

Der Vorstand

Dipl.- Kfm. Diether Thelen

Dr. jur. Hans-Christian Vollert

Bauverein Meerbusch e.G.

Adresse: Dorfstr. 12, 40667 Meerbusch
Gründungsdatum: 11.03.1950
Satzung (letzte Fassung): 15.07.1990
Ratsbeschluss: 30.04.1951 (Erwerb von Anteilen)

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 der Satzung)

1. Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.
2. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.
3. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen; Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gem. § 28 die Voraussetzungen.

Eigenkapital 31.12.2005

8.131.036,18 €

Genossen 31.12.2005

Geschäftsguthaben von	904	Mitgliedern	= 1.622.066,01 €
davon:	8.934	Pflichtanteile	
	<u>879</u>	weitere Anteile	
	9.813	gezeichnete Anteile	

Beteiligung der Stadt

495 Gesamtanteile (10 Pflicht- und 485 weitere Anteile)
495 Anteile á 153,39 € = 75.928,05 €

Organe

Vorstand
Aufsichtsrat
Mitgliederversammlung

Vertreter im Aufsichtsrat

Ratsherr Dieter Jüngerkes
Ratsfrau Renate Kox

Vertreter in der Mitgliederversammlung

Michael Nowack I. Beigeordneter

Rücklage-, Gewinn- und Verlustregelung lt. Satzung

§ 39

1. Es ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Sie ist ausschließlich zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes bestimmt.
2. Der gesetzlichen Rücklage sind mindestens 10 % des Jahresüberschusses abzgl. eines Verlustvertrages zuzuweisen, bis die gesetzliche Rücklage 50 % des Gesamtbetrages der in der Jahresbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten erreicht hat. Die gesetzliche Rücklage ist bei der Bilanz zu bilden.

§ 40

1. Der Bilanzgewinn kann unter die Mitglieder als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Ergebnismrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.
2. Der Gewinnanteil darf 4 % des Geschäftsguthabens nicht übersteigen. Sonstige Vermögensvorteile, die nicht als angemessene Gegenleistung für besondere geldwerte Leistungen anzusehen sind, dürfen den Mitgliedern nicht zugewendet werden.
3. Die Verteilung des Gewinnanteils erfolgt nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist. Die Gewinnanteile sind 14 Tage nach der Mitgliederversammlung fällig.
4. Fällige Gewinnanteile werden durch Überweisung ausgezahlt. Der Anspruch auf Auszahlung der Gewinnanteile verjährt, wenn sie nicht innerhalb von drei Jahren nach Fälligkeit abgeholt sind.
5. Solange ein Geschäftsanteil nicht voll eingezahlt ist, wird der Gewinnanteil nicht ausgezahlt, sondern dem Geschäftsguthaben zugeschrieben. Das gilt auch, wenn das Geschäftsguthaben zur Deckung eines Verlustes vermindert worden ist.

§ 41

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Mitgliederversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, in welchem Umfang der Verlust durch Verminderung der Geschäftsguthaben oder Heranziehung der gesetzlichen Rücklage zu beseitigen ist. Werden die Geschäftsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der Verlustanteil nicht nach dem vorhandenen Geschäftsguthaben, sondern nach dem Verhältnis der satzungsgemäßen Pflichtzahlungen bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist, berechnet, auch wenn diese noch rückständig sind.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2005 wurde ein Jahresüberschuss von 2004 T€ erzielt. Das Ergebnis lag damit um rund 91 T€ unter dem des Vorjahres.

Die Verringerung des Jahresüberschusses ist im Wesentlichen auf instandhaltungsbedingt gestiegene Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (154 T€) und baubedingt höhere Zinsaufwendungen 73 T€ zurückzuführen. Daneben haben höhere Abschreibungen (20 T€), Personalkosten (7 T€) sowie geringere „Sonstige betriebliche Erträge“ (13 T€) das Ergebnis belastet.

Dem stehen gestiegene Umsatzerlöse (132 T€), die Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen (12 T€) und aktivierte Eigenleistungen (32 T€) gegenüber.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Entwicklung der Ertragslage:

	2005 T€	2004 T€	Veränderung T€
Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderung	3.581	3.438	143
Andere aktivierte Eigenleistungen	32	0	32
Andere betriebliche Erträge	55	51	4
Betriebsleitung	3.668	3.489	179
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.834	1.680	154
Personalaufwand	491	484	7
Abschreibungen	426	406	20
Andere betriebliche Aufwendungen	103	104	-1
Zinsaufwand	534	461	73
Gewinnunabhängige Steuern	87	85	2
Aufwendungen Betriebsleistung	3.475	3.220	255
Betriebsergebnis	193	269	-76
Finanzergebnis	12	3	9
Neutrales Ergebnis	3	20	-17
Ergebnis vor Steuern	208	292	-84
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	-4	3	7
Jahresüberschuss	204	295	-91
Erstellung in Ergebnissrücklagen	145	237	-92
Bilanzgewinn	59	58	1

Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG

Adresse:	Moselstr. 14, 41464 Neuss
Gründungsdatum:	07.11.1989
Gesellschaftsvertrag:	07.11.1989
Ratsbeschluss:	12.12.1989 (Beitritt)
Sendebeginn: „NE-WS 89,4“:	01.12.1991

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag):

Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben, sind:

- die zur Produktion und zur Verarbeitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zu stellen;
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten;
- Beteiligung an anderen Unternehmungen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck, derartige Unternehmen zu erwerben,
- Tochtergesellschaften zu gründen, Zweigniederlassungen zu errichten sowie alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vorzunehmen.

Gesellschaftskapital

770.000,-- €

Beteiligung der Stadt

15.850,05 €

Der Erwerb des Kommanditanteils von 2 % erfolgte durch Vertrag über eine Veräußerung einer Kommanditbeteiligung vom 07./21.08.1990 mit Wirkung zum 01.10.1990 von der bis dahin einzigen Kommanditistin Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG. Sie veräußerte 1990 insgesamt 25 % ihrer Kapitaleinlage von 766.937,81 € = 1,5 Mio DM.

Die städtische Beteiligung an der Lokalradio des Kreises Neuss GmbH & Co. KG beträgt 15.400,-- €

Neben dieser unmittelbaren Beteiligung an der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG ist die Stadt Meerbusch mittelbar an der 100%igen Beteiligung der KG an deren Komplementärin und persönlich haftenden Gesellschafterin, nämlich der Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH, beteiligt.

Kommanditisten

Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG	577.500 €	75,0%
Kreis Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Meerbusch	15.400 €	2,0%
Stadt Grevenbroich	15.400 €	2,0%
Stadt Dormagen	15.400 €	2,0%
Stadt Kaarst	15.400 €	2,0%
Stadt Korschenbroich	11.550 €	1,5%
Gemeinde Jüchen	7.700 €	1,0%
Gemeinde Rommerskirchen	3.850 €	0,5%

Organe

- Geschäftsführung durch die Komplementärin Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH
- Kommanditisten (s. o.)
- Gesellschafterversammlung

Vertreter in der Gesellschafterversammlung

Bürgermeister Spindler

Vertreter: StOVR Thomas Fox

Gewinn- und Verlustregelung lt. Gesellschaftsvertrag § 9 Abs. 5

Ein verbleibender Gewinn oder Verlust wird entsprechend der Beteiligung am Gesellschaftskapital auf die Gesellschafter verteilt. Verluste sind auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvorkonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, der Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Neuss e. V. die erforderlichen Anlagen und finanziellen Mittel zum Betreiben eines lokalen Rundfunks zur Verfügung zu stellen und sich Einnahmen durch Werbung zu verschaffen. Das Lokalradio darf aufgrund vertraglicher Vereinbarung Werbung nur von der Gesellschaft übernehmen.

Ergebnisse der Gesellschaft

Jahr	Bilanzsumme	Eigenkapital	Gewinn/Verlust	Eigenkapital-
	T €		€	quote
1994	561	440	347.079,73	78,49%
1995	1.184	1.035	585.125,82	87,48%
1996	1.497	1.237	498.806,37	82,66%
1997	1.002	888	-160.168,36	88,55%
01.01.98-30.09.98	833	625	259.380,73	74,96%
01.10.98-30.09.99	724	582	-48.668,68	80,34%
01.10.99-30.09.00	815	653	77.794,78	80,13%
01.10.00-30.09.01	1.187	773	368.093,40	65,12%
01.10.01-30.09.02	1.133	860	112.299,58	75,90%
01.10.02-30.09.03	1.561	796	81.710,06	50,99%
01.10.03-30.09.04	1.374	796	115.967,43	57,93%
01.10.04-30.09.05	1.625	796	450.666,78	48,98%

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11.12.1997 ist das Geschäftsjahr umgestellt worden. Es läuft künftig vom 01.10. bis 30.09. des Folgejahres.